



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Rußlands Standpunkt gegenüber Österreich-Ungarn im Oktober 1912

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

genommen hat, während der Kampf in seiner eigenen Partei noch andauert und während die Sache des Sultans hier noch starke Sympathien hat. Diese Evolution Greys beweist Mut.

Zum Schlusse — solange der Sultan in Konstantinopel bleibt, wird Grey allem zustimmen, was den Frieden erhalten wird, folglich wird jede Lösung, die für uns und Österreich annehmbar ist, auch für ihn annehmbar sein. Er hat aber keine Sympathie mit den österreichischen Absichten auf dem Balkan und in dem soeben angedeuteten Maße wird unser Programm und nicht dasjenige Österreichs, wenn es ein solches gibt, von ihm im Interesse der Entente unterstützt werden. Was mich nun vor allem beschäftigt, ist die Frage: Werden wir uns mit Österreich über radikale und dauerhafte Reformen verständigen können? Man kann jetzt voraussehen, daß bestimmte Reformen Österreich den Weg mehr noch als ein großserbisches Königreich verlegen werden. Ich sage Österreich, da ich wirklich keine andere Gefahr erblicke, denn es erscheint mir erwiesen, daß keine andere Macht den Krieg wünschen kann.

Wenn in persönlicher Hinsicht zwischen Grey und Ihnen das Ergebnis Ihres Besuches ein sehr befriedigendes gewesen ist, so steht zwischen Paris und London nicht alles zum besten. Es hat keine besondere Bedeutung, aber es steht nicht zum besten. Ich kenne nicht Paléologue. Man liebt ihn hier nicht besonders und man schreibt ihm eine bedeutende Rolle zu.

Die Ernennung Lichnowskys ist gut aufgenommen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1912. — Nr. 275.

Vertraulich. Cambon teilt mir mit, Nicolson habe die Meinung geäußert, daß eine der Großmächte ein Reformprojekt ausarbeiten müsse, und wenn es auch nicht vollständig sei, so sollte es doch in den Hauptlinien fest umrissen sein, um den andern Mächten vorgeschlagen zu werden. Nicolson glaubt, daß Rußland am besten hierzu geeignet sei. Und zwar wäre es am besten, wenn Rußland, ehe es seine Vorschläge den andern Mächten unterbreitet, sich zuerst mit Österreich verständigt.

Mein Eindruck ist der, daß man Formeln, die beständig ergänzt werden, hier nicht für praktisch hält.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. Oktober 1912. — Nr. 2314.

Ihr Telegramm Nr. 267 erhalten. Die in demselben enthaltenen Grundlagen halten wir für durchaus annehmbar und haben wir nach Paris zu einer redaktionellen Umarbeitung mitgeteilt. Wir würden es für möglich halten, die Garantie der Reformen durch die Mächte nicht zu ertönen, da der Begriff einer Konferenz auch eine Garantie bedeutet. Gleichzeitig wollen wir uns mit der Ausarbeitung eines konkreten Reformprogramms befassen, über welches wir jederzeit verfügen könnten, selbst wenn, je nach den Ereignissen des Krieges, bedeutende Veränderungen in demselben vorgenommen werden müßten.

Wir würden gerne wissen, ob die von Ihnen angeführten Grundlagen von Grey formuliert worden sind oder ob sie sich aus Ihren allgemeinen Beobachtungen an Ort und Stelle ergeben. Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit darauf, daß ein gemeinsames Vorgehen Rußlands mit Österreich allein, selbst wenn dies im Namen aller andern Mächte geschehen sollte, in keinem Falle stattfinden kann. Die Besserung in unseren Beziehungen zu Wien hat uns die Möglichkeit gegeben, den Krieg zu lokalisieren, aber wenn es sich um positive Aufgaben handelt, sowohl bei der Intervention als auch bei der Liquidierung des Krieges, so rechnen wir auf ein möglichst enges Einvernehmen mit Frankreich, England und Italien.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. Oktober 1912. — Nr. 282.

Nicolson hat mir gestern mit bezug auf Ihr Reformprogramm gesagt, daß, wenn der Erfolg der Alliierten anhält und sich weiter entwickelt, Ihr Projekt den neuen Bedingungen nicht mehr entsprechen dürfte. Als persönliche Ansicht wiederholte er mir, daß es schwer sein würde, das Prinzip der territorialen Integrität aufrechtzuerhalten. Er wies auf die Meinung hin, die fast in der ganzen englischen Presse zum Ausdruck gebracht wird. Ich versicherte ihm, Sie hätten sich die Möglichkeit vorbehalten, das Programm je nach den Bedürfnissen des

Augenblickes umzuändern, und deshalb seien territoriale Erwerbungen zugunsten der Alliierten nicht ausgeschlossen. Ich glaube, daß die Worte Nicolson's die Ansicht der englischen Regierung wiedergeben. Ich kann nur bestätigen, was Nicolson über die englische Presse sagt. Die Evolution ist ebenso schnell wie deutlich. In militärischen Kreisen schließt man jedoch noch nicht die Möglichkeit völlig aus, daß eine bei Konstantinopel konzentrierte türkische Armee eine Änderung in der Lage herbeiführe — wenn nur diese Armee nicht völlig demoralisiert ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 16./29. Oktober 1912. — Nr. 283.

Meine heutige Unterredung mit Nicolson bezog sich wieder auf Ihr Reformprojekt. Ich fragte ihn, ob er es kenne. Er antwortete: Nicht vollkommen. Ich habe es für nötig gehalten, ihm den Inhalt Ihres Telegrammes 2358 mitzuteilen. Nicolson antwortete ungefähr dasselbe wie gestern und zeigte ein besonderes Interesse, als ich ihm die für den Sultan reservierte Zone beschrieb. Ferner sagte ich ihm, ich könne ihm auch vertraulich Ihre Ansicht über die Erhaltung des status quo mitteilen. Ich sagte ihm, Sie gäben sich völlig Rechenschaft, daß für uns die Erhaltung des status quo ante nicht als Prinzip gelten könne, so daß, wenn die eine oder andere Macht sich für eine Veränderung desselben zugunsten der Alliierten aussprechen würde, es für Rußland psychologisch unmöglich sein würde, Einwendungen zu erheben. Nicolson sagte, daß er dies vollkommen verstünde. Ich teilte ihm mit, daß Sie sich deshalb so vorsichtig in dieser Hinsicht ausgesprochen hätten, weil Sie befürchteten, daß territoriale Vergrößerungen der Balkanländer entsprechende Kompensationsforderungen von seiten anderer Mächte hervorrufen könnten. Ich nannte zuerst Rumänien. Ich wolle in keiner Weise eine Meinung über die Absichten Österreichs äußern, doch seien Sie durch den plötzlichen und unerwarteten Umschwung in Wien überrascht worden; man müsse nicht zulassen, daß die Frage des Sandschaks aufgeworfen werde; übrigens braucht es sich nicht um territoriale Kompensationen zu handeln — irgendein anderes Projekt, als Be-

dingung auferlegt, könnte Österreich einen vorherrschenden Einfluß auf dem Balkan sichern. Dies wäre für uns unannehmbar. Ich sagte Nicolson, daß Rußland sich im Falle einer Vermittlung gegen eine derartige Möglichkeit schützen müsse. Nicolson sagte mir, das eben Gehörte habe auf ihn einen großen Eindruck gemacht. Er fragte, ob er die gesamte Lage folgendermaßen zusammenfassen könne: Unser Reformprojekt hängt von Ereignissen ab, die territoriale Veränderungen notwendig machen können.

Notwendigkeit einer Uneigennützigkeits-Erklärung von seiten der vermittelnden Mächte.

Die Marika als Grenze der unverminderten Autorität des Sultans unterstellten Zone.

Ich antwortete, daß ich mit dieser Darlegung einverstanden sei, und fügte hinzu, Sie glaubten, es wäre nötig, die Vermittlung unter französischer Initiative zu beschleunigen.

Nicolson sagte, er werde mit niemand als mit Grey über das eben Gehörte sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sazonow vom 17./30. Oktober 1912. — Nr. 284.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 283. In meiner Unterredung mit Nicolson habe ich absichtlich nicht gesagt, welche Art Abmachungen oder Vertrag zwischen Österreich und Serbien von uns befürchtet werde. Meine Beweisführung ging dahin, daß eine Uneigennützigkeits-Erklärung in jedem Falle nötig sei, vor allem aber, weil der Umschwung des Standpunktes Österreichs hinsichtlich des territorialen status quo darauf hindeuten könne, daß Österreich eine Kompensation anderer Art suche und zwar mittels eines Abkommens oder eines Bündnisses oder eines Handelsvertrages, und zwar als Bedingung auferlegt — was eine sehr bedeutende und mit russischen Interessen unzuvereinbarende Kompensation wäre. In diesem Falle würde Österreich nicht eine uneigennützige, sondern eine bedingte Haltung einnehmen, indem es vor allem seine eignen Interessen im Auge behalten würde. Ich glaube, dies ist wichtig, denn wenn wir schon heute voraussehen lassen würden, daß wir in Zukunft zu verhindern suchen werden, daß Öster-

reich sich in ökonomischer Hinsicht mit den vergrößerten Balkanstaaten verständigt, wären die Rollen ausgewechselt. Ich zweifle, daß wir in diesem Falle eine wirkliche Unterstützung bei den Westmächten finden würden. Denn wenn eine ökonomische Verständigung zwischen souveränen Staaten und entsprechend ihren gegenseitigen Interessen in Zukunft der Gefahr eines europäischen Krieges vorbeugen kann, so scheint mir, daß eine derartige Verständigung sowohl von der öffentlichen Meinung, als auch von den Regierungen der Westmächte gebilligt werden wird. Andererseits jedoch kann man uns nicht verwehren, uns jeder Verständigung, wenn sie von Österreich im voraus als eine aufzuerlegende Bedingung aufgefaßt wird, zu widersetzen. Dies ist meiner Ansicht nach ein unanfechtbares Prinzip, ganz ebenso wie es nötig sein wird, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den territorialen Erwerbungen der kriegsführenden Balkanstaaten, besonders zwischen Bulgarien und Serbien herzustellen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 675.

In letzter Zeit hat der französische Außenminister in seinen Gesprächen mit Iswolsky wiederholt darauf hingewiesen, daß es ihm durchaus wünschenswert erscheine, Grey ausführlichere Mitteilungen über den Inhalt des serbisch-bulgarischen Bündnisses und über die Haltung Rußlands in dieser Frage zu machen. In Anbetracht des Umstandes, daß die in Aussicht genommene Vermittlung der Mächte ein möglichst enges Einvernehmen zwischen Petersburg, Paris und London nötig macht, halten wir es für wünschenswert, daß Sie mit Grey auf diese Fragen, die Sie schon im Frühling mit ihm besprochen haben, jetzt nochmals zurückkommen.

Sie können ihm sagen, die russische Regierung habe gewußt, daß Geschow seinerzeit durch Vermittlung des englischen Gesandten in Sofia dem Londoner Kabinett hierüber Mitteilung gemacht habe; es habe deshalb für Sie nicht die Notwendigkeit bestanden, mit Grey ausführlich über diesen Vertrag zu sprechen, um so weniger als der letztere auf Wunsch der beiden interessierten Regierungen sehr geheim gehalten werden sollte.